

München, 24.05.2023

Investitionen in Bildung: SPD fordert faire Bezahlung für alle Lehrkräfte

Ja zu einer besseren Bezahlung für die Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen – aber bitte für alle gleichermaßen: Die SPD im Bayerischen Landtag fordert Nachbesserungen bei der überfälligen Anhebung in die Besoldungsgruppe A13. Markus Söder hat zwar unlängst angekündigt, den Lehrerinnen und Lehrern mehr Geld zu bezahlen. Tatsächlich aber profitiert nicht mal ein Fünftel der rund 27.000 Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen davon. Die übrigen Kolleginnen und Kollegen gehen komplett leer aus. Aus Sicht der SPD-Fraktion reicht die jetzt vorgelegte Zahl der Stellenhebungen nicht aus. Zusätzlich müssen auch Stellen an Förderschulen, Berufsschulen, Realschulen und Gymnasien angehoben werden.

Heute berät der Haushaltsausschuss über die Erhöhung der Lehrerbesoldung an Bayerns Grund- und Mittelschulen. Dazu die bildungspolitische Sprecherin und parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion **Dr. Simone Strohmayr**: „Offensichtlich haben CSU und Freie Wähler endlich verstanden, dass Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen fair und vor allem besser bezahlt werden müssen, so wie wir das als SPD-Landtagsfraktion seit Jahren fordern. Allerdings ist es noch ein langer Weg, bis auch wirklich alle Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Mittelschulen analog zu ihren Kollegen an allen anderen Schulen nach A13 bezahlt werden. Ungeklärt ist zudem, wie Schulleitungen für ihre Mehrarbeit künftig entlohnt werden sollen.“

Bereits im Februar hat die SPD ein [Lehrkräftegewinnungspaket](#) mit zehn Maßnahmen vorgelegt, um den akuten Lehrermangel an Bayerns Schulen wirksam zu bekämpfen. Konkret fordern die Sozialdemokraten gute Studienbedingungen durch mehr Studienplätze, bessere Arbeitsbedingungen an den Schulen mit Hilfe multiprofessioneller Teams, weniger Verwaltungsaufgaben und eine faire, bessere Bezahlung. Auch sollten für Quer- und Seiteneinsteiger mehr Anreize für den Lehrerberuf geschaffen werden.

SPD-Haushaltsexperte **Harald Güller** stellt fest, dass es zwar an Grund- und Mittelschulen den größten Bedarf an Stellenhebungen gibt. Aber auch an Gymnasien, Realschulen, Berufsschulen und Förderschulen sind Stellenhebungen erforderlich. Deshalb hatte die SPD-Fraktion bereits in den Beratungen des Staatshaushalts 2023 dafür entsprechend Mittel gefordert, was allerdings von den Regierungsfractionen abgelehnt wurde. Güllers Fazit: „Was die Staatsregierung jetzt vorlegt, ist für die Grund- und Mittelschulen völlig unzureichend. Und alle anderen Schularten in Bayern gehen komplett leer aus. An Investitionen in Bildung dürfen wir jetzt keinesfalls sparen.“